

sie hindurchgehen“. So stehe hinter dem römischen Unfehlbarkeitsdogma derselbe quantitative Glaubensbegriff wie bei der protestantischen Neo-Orthodoxie. Glaubenserfahrung wird gegen Glaubensgegenstände gesetzt. Folglich plädiert Zahrnt dafür, neue Christusbilder zu machen, die sich auf Jesus von Nazaret berufen können und unserer Zeit entsprechen: „Wenn solches geschieht, dann wird alle Papisterei, römische, polnische und deutsche, katholische so gut wie evangelische, endlich ein Ende haben“ – Ökumene als gemeinsame Glaubenserfahrung jenseits der verkrusteten Kirchentümer.

Ganz andere Stimmen kommen aus der Richtung der konservativen Sammlungsbewegung im deutschen Protestantismus, gerade in bezug auf die Christologie: „Hier gilt es vielmehr, dem Papst und den Bischöfen mit Bewunderung zu danken, daß sie sich nicht dem Zeitgeist beugten, auf dessen Welle Küng schwimmt und der ihm die Sympathien der Welt einbrachte, die es ihm gestatteten, öffentlich nicht nur das Unfehlbarkeitsdogma anzutasten, sondern auch den Glauben an die wahre Gottheit des Heilands Jesus Christus anzuzweifeln.“ Diese Stellungnahme des Braunschweiger Pastors *Jürgen Diestelmann*, der der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis“ angehört, wird von anderen Äußerungen gleicher Provenienz sekundiert. So erklärte der Präsident des theologischen Konvents der Konferenz bekennender Gemeinschaften, Prof. *Peter Beyerhaus*, Küng habe nicht nur spezifisch römische Dogmen in Frage gestellt, er löse zugleich auch biblische Wahrheiten auf beziehungsweise deute sie um. Hier fügt sich die Zustimmung – nicht zur Verfahrensweise, wohl aber zur Sachentscheidung im Falle Küng – ein in den Kontext der Vorwürfe an die eigene Kirche, das Bekenntnis nicht genügend zu verteidigen; Ökumene wird demgegenüber sekundär.

Ausdrücklich auf die ökumenische Bedeutung der römischen Entscheidung geht eine Stellungnahme des *Konfessionskundlichen Instituts des*

Evangelischen Bundes in Bensheim ein. Diese Entscheidung erscheint als unausweichlich: Küngs Christus- und Kirchenverständnis sei nicht katholisch, durch die Entscheidung sei unmißverständlich Klarheit über die amtliche katholische Position geschaffen worden: „Die katholische Kirche ruft uns in Erinnerung, daß eine Reihe evangelischer Grundauffassungen nicht ins römisch-katholische System integrierbar ist“ (epd, 9. 1. 80). *Rüdiger Bieber*, Mitarbeiter des Konfessionskundlichen Instituts, stellt fest, das Verdikt gegen Küng habe deutlich gemacht, daß das „Katholische“ vom „Römisch-Lehramtlichen“ nicht zu trennen sei. „So bitter diese Wahrheit ist, sie schafft Klarheit für Katholiken wie Nichtkatholiken und beugt einer weitergehenden Diskrepanz von ökumenischem Wunschdenken und ökumenischer Realität vor“ (epd, 3. 1. 80). So richtig eine solche Position auch angesichts der gegenwärtigen Situation und in der Einschätzung der bleibenden Schwierigkeiten sein mag, sie kann wohl zu leicht als Alibi – und zwar für beide Seiten – dafür herhalten, es mit der Klärung von Selbstverständnissen und von Schwierigkeiten bewenden zu lassen.

Gerade deshalb ist es wichtig, die konkreten Probleme festzuhalten, die sich aus dem Fall Küng für das evangelisch-katholische Gespräch ergeben. Auf zwei davon hat *Wolfgang Pannenberg*, selbst intensiv in diesem Gespräch engagiert, aufmerksam gemacht. Einmal ist es die mögliche Verständigung über den „Petrusdienst“ des römischen Bischofs: „Gerade diejenigen evangelischen Theologen, die in den Jahren nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil für eine unbefangene Würdigung der Ansprüche des Papstes auf eine gesamtchristliche Lehrautorität plädiert haben . . ., werden durch die gegen Hans

Küng gerichtete Entscheidung in ihren Bemühungen gleichsam desavouiert“ (FAZ, 5. 1. 80). Zum zweiten spricht Pannenberg die „Freiheit und Pluralität“ der Glaubensgedanken als eine Bedingung für den Fortgang der ökumenischen Verständigung an. Dieser letzte Gesichtspunkt stand auch im Mittelpunkt der deutlichen Stellungnahme des *Weltkirchenrats* zum Fall Küng: „Die Auseinandersetzung geht im wesentlichen um die Autorität der Kirche; diese Frage hat sich zu einem Hauptpunkt der ökumenischen theologischen Diskussion entwickelt“ (epd, 21. 12. 79). Die Entscheidung gegen Küng mache es notwendig, daß alle Kirchen, die einen offiziellen Dialog mit Rom führten, mit dem katholischen Partner die Autoritätsfrage erörterten.

Die ökumenische Dimension des Falls Küng wurde sowohl vom Vatikan wie von der Deutschen Bischofskonferenz in den entsprechenden Verlautbarungen einbezogen. In der Erklärung der deutschen Bischöfe kann man dazu lesen: „Wir wollen hinter das Erreichte nicht zurück, aber wir wollen auch keine unverantwortlichen Schritte tun, die in Wahrheit keinen Fortschritt bedeuten.“ Ähnlich stellt auch die römische Presseerklärung vom 30. 12. 79 fest, die Entscheidung ändere nichts am Bemühen der katholischen Kirche um die Einheit der Christen gemäß dem Ökumenismusdekret des Zweiten Vatikanums.

So wirft der Fall Küng für den Fortgang der Ökumene – über das evangelisch-katholische Gespräch hinaus – letztlich nur wieder zwei Fragen auf, die schon länger im Raum stehen: Auf welche Einheit gehen wir eigentlich zu? Wie können angesichts des Selbstverständnisses der beteiligten Partner die nächsten Schritte aussehen?

U. R.

Politische Kultur

Die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD hat nach „Grundwerte in einer gefährdeten Welt“ (1977) und „Grundwerte und

Grundrechte“ (1979) Anfang Januar zum drittenmal ein Grundsatzpapier vorgelegt. Im Unterschied zu den genannten handelt dieses jedoch nicht

unmittelbar von der Grundwertethematik, auch wenn es sie vielfach berührt. Das Thema heißt „Zur politischen Kultur in der Demokratie“. Ziel des Papiers ist es, historische und aktuelle Defizite im politischen Leben aufzudecken und innerhalb einer rechtsstaatlich geordneten und einer demokratisch verfaßten Gesellschaft ein Maximum an politischer Kultur durch Verlebendigung des Kontakts zwischen der politischen Führung und den Bürgern und durch mehr Eigeninitiative der Bürger selbst zu fördern und verschiedene Formen demokratischer Partizipation weiterzuentwickeln.

Zu den *Defiziten* politischer Tradition in Deutschland rechnet das Papier auch – und hier liegt eine der Sinnspitzen des Themas – ein im Sinne Humboldtscher und Goethescher Kulturtradition zu sehr auf das Schönegeistige verengtes Verständnis von Kultur, für das Politik vorwiegend „schmutziges Geschäft“ ist, von dem sich „Kultur“ möglichst fernzuhalten hat. In dieser Beziehung bemüht sich das Papier um eine Annäherung im doppelten Sinn: um eine engere Zusammenführung der Politik mit der Kultur wie umgekehrt der Kultur mit der Politik. Der Akzent liegt aber wohl stärker auf dem ersten Punkt.

Neben dem *verengten Kulturbegriff* werden eine Reihe anderer historischer und aktueller Mangelerscheinungen angeführt. Zu den *historischen* gehören nach Meinung des Papiers mangelnde demokratische Tradition, Fortwirken der Staatsgläubigkeit, Sachzwangideologie und partizipationsfeindliches Verhalten politischer Machttäger. Nachwirkungen obrigkeitsstaatlichen Denkens und erst noch sehr kurzfristige demokratische Erfahrungen in Deutschland korrespondieren in der Sicht der Autoren miteinander. Eine weiterschwelende Staatsgläubigkeit hat mit dem lange beherrschenden obrigkeitsstaatlichen Denken und einer entsprechend passiven Haltung der Bürger der Politik gegenüber zu tun. Allerdings macht das Papier auch andere Aspekte obrigkeitsstaatlicher Prägung und die entsprechenden Reaktionen deutlich,

z.B. „perfektionistische Gesetzgebung“ oder eine grassierende, zur Passivität des Bürgers passende *Subventionsmentalität*. Diese Phänomene werden ebenso geißelt wie das sich häufige Verstecken von Politikern hinter den Hinweis auf Sachzwänge, womit man sich das Gespräch mit dem Bürger spare, und das ideologische Kaschieren von Machtpositionen.

Reichen schon diese historisch begründeten Defizite in die unmittelbare Gegenwart hinein, so ist die Liste der unmittelbar *aktuellen Defizite* politischer Kultur im Sinne einer Verunstaltung politischer Lebensformen nicht weniger umfangreich: Immer weniger Bürger beteiligen sich aktiv in Parteien und Verbänden. Die Parteien richten ihre Strategien kurzfristig am nächsten Wahltermin aus. Viele Bürger fühlen ihre Interessen für die politischen Parteien nicht mehr ausreichend vertreten. Die Angst breite sich aus (hier entgegenzuwirken war wohl eine der Triebfedern des Papiers), daß sich Politik immer mehr auf die Absicherung wirtschaftlicher Abläufe oder Interessen verengen könnte. Der von den Parteien praktizierte politische Wettbewerb unter- und gegeneinander, der durch Pseudopolarisierung und ideologische Scheingefechte gekennzeichnet sei, stoße immer mehr Leute ab.

Solchen Defiziten werden *positive Entwicklungen* von der Basis her gegenübergestellt: die Entstehung partizipatorischer Lebensformen anstelle von autoritären in Ehe, Familie und Beruf; die Gründung gemeinwohlorientierter Bürgerinitiativen und Projektgruppen, die vor Ort politisch mitarbeiten; die Verbreiterung der Diskussion politischer Probleme durch die die Gesellschaft tragenden Kräfte (Kirchen, Gewerkschaften usw.) in den Institutionen der Erwachsenenbildung; eine beispielhafte Praktizierung alternativer Möglichkeiten des Zusammenlebens und -arbeitens durch Minderheiten; eine wachsende Bereitschaft zu Solidarität über den eigenen Gesichtskreis hinaus, insbesondere gegenüber der Not der Dritten Welt.

Die Gesamtbilanz bleibt allerdings eher ambivalent: „Politische Verhaltensweisen und politisches Bewußt-

sein sind ... in einem Wandlungsprozeß begriffen, von dem heute schwer zu sagen ist, wohin er führen wird. Während die einen traditionelle Formen politischer Betätigung kritisieren und partizipatorische und selbstorganisierte Formen politischer Aktivitäten ins Spiel bringen, ziehen andere aus einer äußerlich ähnlichen Kritik des politischen Systems eher autoritäre und demokratiefeindliche Konsequenzen.“

Diese *vorsichtige Einschätzung der Gesamtentwicklung* ehrt die Verfasser ebenso wie die Nennung von politischen Defiziten und einseitigen Entwicklungen, von denen auch die eigene Partei betroffen ist. Es gibt eine Staatsgläubigkeit, die sicher obrigkeitsstaatlicher Herkunft und in der politischen Geschichte Deutschlands begründet ist. Es entwickelt sich aber auch allmählich eine Staatsgläubigkeit, die vorwiegend aus einem „konsumistischen“ Verhalten kommt, dem nicht nur bürgerliche Mentalität unterliegt, sondern die gerade von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien gefördert wird. Manches an bürokratischer Überfütterung ist überhaupt so erst entstanden. Daß diese Entwicklung gerade von einem sozialdemokratischen Gremium besonders nachdrücklich kritisiert wird, läßt auf einen Mentalitätswandel hoffen.

Demgegenüber haben die Ausführungen zur *Sachzwangideologie* wohl mehr innerparteiliche Bedeutung (Auseinandersetzung zwischen „Machern“ und „Meckern“). Allerdings trifft auch diese Kritik Verhaltensweisen aller Parteien. Die Sensibilität für Wertfragen ist trotz lang andauernder Grundwertedebatten bei den politischen „Professionalisten“ (ob es sich dabei um Außen-, Finanz- oder Sozialpolitiker handelt) in allen Parteien nicht hoch entwickelt. Den Vorwurf, die ideologische Kaschierung von Machtverhältnissen gehöre zu den „Grundfiguren konservativer Argumentation“ mag man als parteipolitische Stellungnahme registrieren, allerdings mit dem Vermerk, daß solche Kaschierung zu den politischen Versuchen einer jeden Machtelite gehört, ob diese nun „konservativ“ oder sozialdemokratisch ist.

Zielpunkt einer demokratischen politischen Kultur, wie sie das Papier darstellt, ist die Überwindung obrigkeitstaatlicher und gesellschaftlicher Machtstrukturen im politischen wie im wirtschaftlichen Leben durch mehr Partizipation, und zwar in erster Linie durch mehr Basispartizipation. Der *Partizipationsgedanke* erweist sich für die Autoren geradezu als der zentrale Kulturbegriff des Politischen. Dagegen ist so lange nichts einzuwenden,

als dieser durch den Repräsentationsgedanken ergänzt wird und gesellschaftliche Aktivitäten vor Ort nicht einfach mit der auf die staatliche Ordnung gerichteten Politik verwechselt werden. Wenn sich das Papier darauf beruft, daß in Ländern mit älterer demokratischer Tradition sich ein sehr viel engeres Verhältnis von Kultur und Politik entwickelt hat, dann war sicher eine der Voraussetzungen dafür die wohlhabewogene Begrenzung des

Politischen im engeren Sinn auf die auf die staatliche Ordnung des Gemeinwesens bezogene Politik. Es wäre vermutlich ein Gewinn an politischer Kultur, wenn der sich regende Partizipationswille vor Ort als eine durchaus notwendige Aktivität trotz verständlichen Entgegenkommens gegenüber „Bürgerinitiativen“ nicht einfach Handlungserfordernissen im politischen Großraum Staat gleichgesetzt würde. D. S.

Entwicklungen

Kirchen als entwicklungspolitischer Motor?

Zum Diskussionsstand ein Jahr nach dem entwicklungspolitischen Kongreß

„Entwicklung als internationale soziale Frage“, dieses Thema stellten kirchliche Träger (Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst / AGKED, Katholischer Arbeitskreis Entwicklung und Frieden / KAEF, Deutscher Evangelischer Kirchentag / DEKT, Zentralkomitee der deutschen Katholiken / ZdK) in den Mittelpunkt ihres dreijährigen Dialogprogramms mit gesellschaftlichen Gruppen und Parteien. Im Januar 1979 fand innerhalb dieses Programms ein entwicklungspolitischer Kongreß mit über 800 Teilnehmern aus dem Wirtschaftsleben, dem Verbandswesen, Parteiarbeit und staatlicher Verwaltung sowie aus dem kirchlichen Bereich statt (vgl. HK, März 1979, 122 ff.). Die Kirchen kennzeichneten dieses Vorhaben als erstes Entwicklungsprojekt in der Bundesrepublik Deutschland. Damit sollte dreierlei gesagt sein: 1. Entwicklung als internationale soziale Frage zu begreifen ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. 2. Diese Aufgabe ist eine gemeinsame für alle Kräfte in Staat und Gesellschaft. 3. Ein Dialog kann helfen, die entwicklungspolitische Herausforderung klarer zu bestimmen und Handlungsbeiträge einzuleiten, die der jeweiligen Sachkompetenz der Dialogpartner entsprechen. Mehr Spielraum und ein höherer Stellenwert für Entwicklungspolitik wurden angestrebt.

In einer *Problemskizze* hatten die Träger des Dialogprogramms u. a. zur Gesprächsmethode gesagt: „Ganz bewußt wird die Legitimation des Interessenstandpunktes verschiedener gesellschaftlicher Gruppen anerkannt. Mehr politischer Spielraum für Entwicklungspolitik ist nur zu erreichen, wenn sich die politisch entscheidenden Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland und größere

Teile der Bevölkerung mit der Entwicklungsproblematik als internationaler sozialer Frage identifizieren und wenn sie erkennen, daß gerade im internationalen sozialen Ausgleich auch die Perspektive der eigenen Zukunft liegt.“ Es zeigt sich, daß Identifikation mit den entwicklungspolitischen Aufgaben nicht zu erreichen ist, wenn lediglich Klage geführt wird über entwicklungspolitische Abstinenz. Identifikation zielt auf Handlungsenergien, die entwicklungspolitische Aufgaben aus dem eigenen Selbstverständnis begreifen und zu einem Tätigwerden aus eigener Kompetenz führen.

Welche Fortschritte?

Die Träger des Programms der Kirchen „Entwicklung als internationale soziale Frage“ zogen aus der Bilanz der dreijährigen Startphase den Schluß, daß die positiven Erfahrungen des entwicklungspolitischen Dialogs mit Gewerkschaften, Unternehmern, Bauernführern, Politikern und Verantwortlichen in kirchlichen Verbänden und Räten auf eine Fortführung des Programms drängten. Die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst und der Katholische Arbeitskreis Entwicklung und Frieden erhielten inzwischen in finanzieller und personeller Hinsicht von den zuständigen Kirchengremien grünes Licht für eine Weiterführung der Aufgabe über 5 Jahre. Welches sind die Gründe, die dies rechtfertigen?

Die kirchlichen Träger strebten durch den Dialog einen *entwicklungspolitischen Grundkonsens* an. Sie definierten diesen beim entwicklungspolitischen Kongreß als „Ent-